

ZUR ANALYSE AKTUELLER DISKURSE ÜBER FLUCHT UND VERTREIBUNGEN 1938-1950 IN ZENTRAL- UND OSTMITTELEUROPA

Der Erinnerungsboom, der derzeit ein Thema der Vergangenheit nach dem anderen in die öffentliche Debatte bringt, hat Flucht und Vertreibung schon vor einer Weile von der äußersten Peripherie ins Zentrum geschichtspolitischer Auseinandersetzungen geholt. In gleich mehreren Fernsehdokumentationen sowie einer ganzen Reihe von literarischen und populärwissenschaftlichen Büchern hat man in Deutsch-

land die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten „wiederentdeckt“. Das geschah nicht losgelöst von den sattem bekannten parteipolitischen Verminungen des Themenfeldes, aber doch freier von gruppenspezifischen Denk- und Redevorgaben als in den Jahrzehnten zuvor, in denen das Thema alleine den politischen Interessenverbänden der Vertriebenen zu „gehören“ schien. Von der gewachsenen Aufmerksamkeit profitiert nun auch das Projekt, ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ mit Sitz in Berlin zu schaffen. Diese Idee geht auf die BdV-Präsidentin Erika Steinbach zurück und verschafft ihr und dem BdV eine bislang ungewohnte Präsenz in den Medien.

Wie politisch brisant die Debatte über Flucht und Vertreibung auch im Jahr 2003 noch sein würde, war bei der Antragstellung des Projektes „Diskurse in den EU-Beitrittsländern Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien über die Zwangsmigrationen der Jahre 1938-1950“ im Rahmen des Bayerischen Forschungsverbundes FOROST¹ nicht absehbar, betonte Martin Schulze Wessel (München) in seiner Eröffnung der ersten Arbeitstagung des Projekts, die am 11. Oktober 2003 im Senatssaal der Ludwig-Maximilians-Universität stattfand. Die Aktualität wie die Dimension des Themas, das den gesamten Kommunikationsraum Europa betreffe, stelle die Wissenschaft vor die Herausforderung, zu einer Versachlichung der Debatte beizutragen.

Dieser Herausforderung versucht das Projekt, das von Martin Schulze Wessel, Peter Haslinger und K. Erik Franzen in Kooperation mit tschechischen, slowakischen und ungarischen Kolleginnen und Kollegen am Collegium Carolinum durchgeführt wird, fächer- wie länderübergreifend zu begegnen. So wurde am Vormittag das Untersuchungsgebiet in zwei mit „Länderüberblicke“ überschriebenen Sektionen (Leitung Hans Lemberg/Marburg und Peter Haslinger) vermessen. Diese eher traditionelle Herangehensweise, Land für Land abzuhandeln, erwies sich für die Diskussion als sehr günstig, die vergleichende Perspektive ergab sich wie automatisch. Dabei wurde einerseits deutlich, dass die Debatten in Ostmitteleuropa zwar um die gleichen Phänomene kreisen – wie z.B. um die Entdeckung nicht nur der eigenen Opferrolle, sondern auch der eigenen Täterschaft. Was allerdings die Chronologie, die Intensität und das Interesse betrifft, bestehen sowohl hinsichtlich der verschiedenen Prozesse von Zwangsmigration seit 1938 als auch zwischen den einzelnen untersuchten Gesellschaften markante Unterschiede. Zum anderen zeigte sich, wie eng in allen zur Analyse stehenden Fällen – Deutschland eingeschlossen – die verschiedenen Opferdiskurse miteinander verwoben sind. Als dritter zentraler Themenkomplex kristallisierte sich das Verhältnis von historischer Forschung und öffentlicher bzw. medialer Diskussion heraus.

Włodzimierz Borodziej (Warschau) bekannte sich in seinem Beitrag über die wissenschaftlichen und publizistischen Diskussionen zu den Zwangsmigrationen der Jahre 1938-1950 in Polen zunächst ausdrücklich zur Parteilichkeit, da er selbst in diesen Diskussionen engagiert war. Er unterteilte die polnischen Diskussionen seit

¹ Näheres zu dem Projekt unter: www.collegium-carolinum.de und <http://www.fak12.uni-muenchen.de/forost/index2.html>

1989 in zwei Phasen: Die erste Phase sei vor allem davon gekennzeichnet gewesen, dass die öffentlichen Debatten von der durchaus beachtlichen historiographischen Entwicklung dieser Jahre praktisch nicht beeinflusst worden seien. Ende 1996 konnte man den Eindruck haben, dass die Auseinandersetzung um die „Erinnerung der Vertriebenen“, die inzwischen auch dokumentiert ist, abgeschlossen sei. Anders als die erste Phase bilde der zweite Abschnitt, den Borodziej auf die Zeit seit Juni 2002 datierte, einen Reflex auf die „Rückkehr der Erinnerung“ in Deutschland, auf die in Polen äußerst sensibel reagiert werde, ohne dass ihre konkreten Inhalte wirklich bekannt seien. Deutliche Zäsuren, nach denen die Debatte noch einmal an Emotionalität zugenommen habe, seien Ereignisse wie das Pfingsttreffen der Sudeten-deutschen Landsmannschaft und die Leipziger Rede Edmund Stoibers gewesen. Aber erst der von Erika Steinbach lancierte Vorschlag eines Berliner „Zentrums gegen Vertreibungen“ habe in Polen eine Art „nationaler Front“ geschaffen und damit zu einer erneuten Entdifferenzierung der Debatten geführt. Die Aufgabe der Historiker sei hier auch, den Rahmen des öffentlich „Sagbaren“ abzustecken.

In ihrem Kommentar wies Claudia Kraft (Warschau) darauf hin, dass diese „nationale Front“ der Zentrumsgegner extrem heterogen sei. Auf der Basis einer leicht von Borodziej abweichenden Periodisierung konstatierte sie einen Funktionswandel der Geschichte von der „Entlügung“ Anfang der neunziger Jahre, bei der es vor allem um die Schließung der so genannten weißen Flecken gegangen sei, hin zu einer stärkeren politischen Indienstnahme. Eine Folge dieser Entwicklung sei die mangelnde Rekontextualisierung der Opferdiskurse. Der Einschätzung Borodziejs, die „Leiche Vertreibungsdebatte“ sei Mitte der neunziger Jahre bereits einmal „beerdigt“ worden, wollte Kraft nicht folgen. Latent sei das Thema stets vorhanden gewesen, nur so habe die Debatte um das „Zentrum“ so rasch eskalieren können. Allerdings seien die „Lager“ nicht immer klar zuzuordnen: Zum Beispiel treffe man bei Historikern in der Provinz auf die am stärksten polnisch-national akzentuierten Argumente in der Diskussion um die Vertreibung der Deutschen – und zugleich auf intensive Forschungen zur lokalen polnisch-deutschen Beziehungsgeschichte.

Anders als in Polen hat das Projekt eines „Vertreibungszentrums“ in Tschechien bisher nur wenig Resonanz gefunden. Der Prager Soziologe Miloš Havelka führte dieses Desinteresse auf die Ermüdung der tschechischen Öffentlichkeit zurück, die nach mindestens zehn Jahren intensiver Auseinandersetzungen um die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und die tschechisch-deutsche Konfliktgeschichte des Themas einfach überdrüssig sei. Havelka skizzierte die Entwicklung der tschechischen Debatten um den „odsun“ (Abschub) seit den sechziger Jahren, die immer auch eine kritische Auseinandersetzung mit der herrschenden politischen Realität beinhaltete. Nach 1989, als die Diskussion zum ersten Mal öffentlich geführt werden konnte, kam es bald zu einer Verhärtung der beiden dominanten Interpretationsrichtungen, neue Impulse konnten in der primär mit moralischen Argumenten geführten Debatte nicht aufkommen. Diese Polarisierung nannte Havelka auch als Grund für die Tatsache, dass die tschechischen Studien zur Vertreibung, die inzwischen in beachtlicher Zahl und Qualität vorliegen, bisher nur wenig rezipiert wurden – und zwar nicht allein von der Öffentlichkeit, sondern auch von der Forschung. Sein Befund verweist auf schwelende Konflikte unter den Historikern

um ihre öffentliche und politische Rolle, und so prognostizierte Havelka den tschechischen Historikern auch einen baldigen „Historikerstreit“.

Marína Zavacká (Bratislava) führte in ihrem Kommentar aus, dass in der Slowakei, ähnlich wie in Polen und Tschechien, eine starke Tendenz herrsche, die eigene nationale Gruppe zum „ewigen Opfer“ zu stilisieren. Jede Bevölkerungsgruppe habe hier in der Vergangenheit Verfolgungserfahrungen machen müssen und rechne diese gegen die Erfahrungen anderer Gruppen auf. So sei z. B. aus slowakisch-nationalistischer Sicht eine Diskussion über die Aussiedlung der Magyaren obsolet, da nach wie vor eine magyarische Minderheit auf dem Gebiet der Slowakei lebe. Da Migration in der überwiegend agrarisch geprägten slowakischen Gesellschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit per se als etwas Negatives verstanden worden sei, sei es noch heute schwer, zu einer differenzierten Sicht von Wanderungsbewegungen und den in diese involvierten Bevölkerungsgruppen zu gelangen. Das Leitbild des ethnisch homogenen Nationalstaats führe aber dazu, dass Vertreibungen an sich zwar abgelehnt, deren Ergebnisse jedoch als positiv gewertet würden – eine Beobachtung, die sicher nicht allein auf die slowakische Gesellschaft zutrifft.

Für die bundesdeutsche Entwicklung charakterisierte K. Erik Franzen drei große Phasen des wissenschaftlichen und publizistischen Vertreibungsdiskurses, der von Anfang an innerhalb des Holocaust-Framings ablief: Eine erste während der Ära Adenauer, in der der Westintegration eindeutig politische Priorität zukam, zugleich jedoch im Kontext des Kalten Krieges deutsche Opfer einen festen Platz in öffentlichen Debatten und im öffentlichen Gedenken hatten. Deutsche Täter wurden erst in den 1960er Jahren bei der vorsichtigen Annäherung an den Holocaust in den Blick genommen – in dieser zweiten Phase wurde das Phänomen Vertreibung eindimensional mit dem Nationalsozialismus verkoppelt. Nach dem Abschluss des ostpolitischen Vertragswerkes wurde es um die Vertriebenen in Deutschland still. Erst seit dem Fall des „Eisernen Vorhanges“ erfährt das Thema Flucht und Vertreibung wieder kontinuierliches Interesse, was Franzen einerseits auf die Identitätssuche nach der deutschen Vereinigung und der mit dieser einhergehenden Erinnerungswelle zurückführte, andererseits auf den notwendigen Verständigungsprozess mit den Nachbar- und EU-Beitrittsstaaten über den Umgang mit der Vergangenheit.

Jürgen Danyel (Potsdam) fügte diesem Überblick die ostdeutsche Erfahrung hinzu: Als „führendes Exportland auf dem Feld der Vergangenheitsprobleme“ habe die DDR auch das Vertriebenenproblem an die BRD delegiert. So habe im Osten schon viel früher die Stille geherrscht, die sich im Westen in den siebziger Jahren beim Thema Flucht und Vertreibung breit machte. 1989 hätte sich dann die Chance geboten, eine Diskussion über die Vergangenheit zu führen, ohne die Nachbarländer zu erschrecken. Diese Chance sei, so Danyel, aber durch den Institutionen- und Ritualtransfer in die neuen Bundesländer verspielt worden.

Heidemarie Uhl (Wien) erweiterte in ihrem Kommentar den Vergleich um das österreichische Beispiel und machte deutlich, dass Flucht und Vertreibung in Österreich ein mediales Randthema waren, das nur von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen geteilt wurde und nur in bestimmten Regionen sowie in Verbindung mit bestimmten politischen Zielen – vor allem als Gegennarrativ zur Bewältigung der NS-Vergangenheit und zur „emotionalen Imprägnierung“ gegen die Bilder des

Holocaust – Sinn machte. Ein neues Framing entstand in Österreich erst im Kontext der EU-Osterweiterung.

Den Gang der ungarischen Debatten skizzierten Gerhard Seewann (München) und Éva Kovács (Budapest/Wien). Seewann beschrieb die Entwicklung der zwei konkurrierenden Stränge des Vertreibungsdiskurses – eines vertreibungskritischen und eines Stranges, der im Grunde genommen den alten Argumenten für die Vertreibung folgt –, um dann auf die Erinnerungskultur einzugehen, die in den letzten 15 Jahren bezeichnenderweise abgekoppelt von der Historiographie entstanden sei. Er sprach von einem „Erinnerungsvirus“, der in der ungarischen Gesellschaft grassiere und vor allem der Charakterisierung der Ungarn als Opfer gedient habe. Kovács bestätigte diese Einschätzung und unterstrich, dass die Juden als „Opfer der anderen“ – also der Deutschen – kein Mitgefühl erfuhren. Die Shoa gelte, wenngleich inzwischen gut erforscht und öffentlich diskutiert, als „atypische Einlagerung“ in die Geschichte Ungarns. In den letzten Jahren sei verstärkt die Tendenz zu einer Aufrechnung und Gleichsetzung von Kommunismus und NS-Besatzung (bzw. -System) zu beobachten – so z.B. bei dem Budapester „Haus des Terrors“, das den Anspruch erhebt, Totalitarismuserfahrung vergleichend aufzuarbeiten, wobei jedoch die Erinnerung an die Opfer des Kommunismus wesentlich mehr politische Kraft habe als die Erinnerung an die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung.

Die Diskussionen des Vormittags brachten die Disparitäten sehr klar zum Ausdruck – die regionalen, generationsbedingten und politischen Unterschiede, die die jeweiligen nationalen Diskurse prägen ebenso wie die Ungleichzeitigkeiten zwischen den verschiedenen Ländern. Als eine Ursache für die nationale Beschränkung der Debatten wurde das Nationalstaatsparadigma genannt, das nach wie vor europaweit die Geschichtsbilder dominiert, in dessen Parametern aber z.B. die Zwangsmigrationsprozesse am Ende des Zweiten Weltkrieges überhaupt nicht adäquat wiedergegeben werden können. Und man konnte den Eindruck gewinnen, dass, wo die nationalen Diskurse einmal aufeinander Bezug nehmen, der Effekt meist negativ ist. Etwa wenn – worauf Heidemarie Uhl verwies – die Polen ihre Täterschaft in dem Moment diskutieren, in dem die Deutschen sich auf ihr Opfersein konzentrieren. Aber auch dort, wo die Schlagwörter Einigkeit vermuten lassen, verbergen sich oft große Verständnisunterschiede, das demonstrierte Jürgen Danyel eindrucksvoll anhand einer Kurzanalyse der schillernden Metapher „Europäisierung der Erinnerung“.

Die Beiträge des Nachmittags (Leitung Martin Schulze Wessel/K. Erik Franzen) sollten aus der Sicht verschiedener Disziplinen theoretische und methodische Grundlagen für das Themenfeld Zwangsmigration und ihre diskursive Verarbeitung legen. Barbara Dietz (München) stellte eine Typologisierung von Zwangsmigrationen und Vertreibungen aus migrationstheoretischer Perspektive vor, in der sie den Formen, Ursachen und Folgen solcher unfreiwilliger Wanderungsprozesse nachging und ein besonderes Augenmerk auf die Reaktion und Politik von Aufnahmegesellschaften richtete. Sie hob hervor, dass die Unterstützung, die die Vertriebenen in der Bundesrepublik erfahren haben, beispiellos sei. Selbst Israel habe den – durchaus gewollten – Immigranten nicht in einem vergleichbaren Maß zur Seite gestanden.

Der Jurist Petr Bohata (München) demonstrierte in seinem Beitrag die Schwierigkeiten, einem Phänomen wie den im letzten Jahr medial so präsenten Beneš-Dekreten juristisch gerecht zu werden. Übereinstimmend mit der EU-Studie zu den Beneš-Dekreten aus dem Jahr 2002 gelangte Bohata zu dem Schluss, dass diese kein Hindernis für den EU-Beitritt Tschechiens darstellen. Er machte jedoch anhand verschiedener Probleme des Verfassungs- und Staatsangehörigkeitsrechts sowie anhand der im EU-Recht kodifizierten Diskriminierungsverbote deutlich, wie problematisch die Dekrete, die im tschechischen Recht ohne Präzedenz waren, dennoch sind. Ohne den historischen Kontext, d. h. die Rechtsunsicherheit, die in der Tschechoslowakei der frühen Nachkriegszeit herrschte, seien diese nicht zu verstehen. So gesehen seien die Beneš-Dekrete ein historisches Thema und primär eine politische Herausforderung.

Der dritte Vortrag des Nachmittags wandte sich Begriffen und Methoden der Diskurstheorie und damit dem Forschungsansatz des Projekts zu. Peter Haslinger plädierte nach einem Abriss zentraler Diskussionsstränge der Konzepte „Diskursgeschichte“, „Geschichtspolitik“, „Erinnerungskultur“ und „Identitätsforschung“ für eine stärkere Akzentuierung des Begriffes „Identität“, der derzeit in der Debatte wissenschaftlich vernachlässigt werde. Auch seien die Schnittstellen zwischen „Erinnerungskultur“ und „Diskursgeschichte“ bisher so gut wie nicht geklärt. Haslinger betonte, dass eine Annäherung an die Debatten über Zwangsmigration über die derzeitige Fokussierung auf das Phänomen der „Erinnerungskultur“ zu einer – wenn auch hermeneutisch verfeinerten – Reproduktion der nationalen Erinnerungskonstrukte führe, und schloss damit an die Debatte des Vormittags an. Gerade bei der Analyse grenzüberschreitend miteinander verflochtener Debatten, die den historischen Vorgängen angemessen sei, wäre daher eine Erweiterung des Konzepts durch diskursgeschichtliche und geschichtspolitische Ansätze notwendig. So lange die Perspektiven auf das Thema Zwangsmigration überwiegend national seien, könne im Übrigen auch ein wie immer geartetes „Zentrum gegen Vertreibungen“ nicht mehr als eine Kumulation nationalisierender Sichtweisen bringen. Entsprechend sei es für die Konzipierung eines derartigen Zentrums noch zu früh.

Zwei Impulsstatements von Mathias Beer (Tübingen) und Christiane Brenner (München) eröffneten den letzten Block der Veranstaltung mit Eindrücken aus der Diskussion des Tages und Anregungen für die Projektgruppe. Beer hob positiv hervor, dass sich das Projekt mit seinem weitgefassten Untersuchungsgegenstand von den „Reichsgebieten“ gelöst habe, und plädierte einerseits für einen umfassenden Vergleich der Rahmenbedingungen und schwerwiegenden Folgen von Zwangsmigrationen sowie der Diskussionen über diese, andererseits für eine Öffnung des Zeitfensters auf die Jahre vor 1989. Das geforderte „Zentrum“ charakterisierte Beer als Teil des Diskurses – es sei nicht der Diskurs selbst und müsse den Anlass und nicht die Ursache für eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen Vertreibung bilden. Christiane Brenner unterstrich, wie wichtig angesichts der herrschenden Tendenz zum Analogieschluss der Vergleich sei und regte an, zumindest punktuell diachrone Vergleiche in das Projekt aufzunehmen. Während Beer dafür warb, die begrifflichen und methodischen Prämissen des Projektes möglichst klar zu formulieren, forderte Brenner, die Akteure und Interessen, die in den aktuellen Debatten

zum Teil nur sehr vermittelt zutage treten, stärker in den Blick zu nehmen. Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ z.B. sei nicht zuletzt auch eine Überlebensstrategie der Vertriebenenverbände für die Zeit nach der Erlebnisgeneration. K. Erik Franzen schloss die Veranstaltung mit der Einladung zur zweiten Tagung der Projektgruppe zum Thema „Sprache der Politik – Politik der Sprache“, die im April 2004 in Regensburg stattfinden wird.

München

Christiane Brenner